WAS LÄUFT FALSCH AN UNSEREN SCHULEN?

ÜBER LEISTUNGSDRUCK,
UNGLEICHHEIT UND WIDERSTAND



JUGEND FRONT

IMPRESSUM

Jugendfront der Partei der Arbeit Österreichs
Drorygasse 21/2, 1030 Wien
jugend@jugendfront.at

Eigenverlag, Wien 2026

Druck: online Druck GmbH
2351 Wr. Neudorf

INHALTSVERZEICHNIS

02 Bildung im Kapitalismus

04 Stress und Leistungsdruck

06 Demokratische Rechte in der Schule

09 Rassismus in der Schule

11 Sexismus im Schulsystem

12 Social-Media-Verbot

14 Bundesheer und Werbung an Schulen

16 Medien und Demokratieunterricht

18 Organisier dich!

20 Stundenplan

BILDUNG IM KAPITALISMUS

Leistungsdruck, Ungleichheit, Rassismus und Sexismus gehören zum Alltag an Österreichs Schulen. Wir Schülerinnen und Schüler stehen in diesem Bildungssystem nicht im Mittelpunkt, denn das Bildungs- und Schulwesen zielt darauf ab, Inhalte zu vermitteln, die auf die Bedürfnisse der Reichen und der Unternehmer abgestimmt sind. Im Vordergrund stehen nicht freie Entfaltung und die Vorbereitung auf das Leben als Teil einer solidarischen Gesellschaft. Anstelle von Werten wie Solidarität und Zusammenhalt wird uns Konkurrenzdenken und Individualismus eingetrichtert. Wir sollen für die Verwertung auf dem Arbeitsmarkt vorbereitet werden. Wir lernen nicht, wie ein Ausweg aus den sozialen und wirtschaftlichen Krisen des Kapitalismus möglich sein könnte, sondern uns wird gezeigt, wie wir das bestehende System besser ertragen können.



RECHTE KENNEN – GEMEINSAM KÄMPFEN!

Für uns Jugendliche bietet der Kapitalismus keine Perspektive mehr, denn hier stehen Krieg, Klimawandel und soziale Krisen auf der Tagesordnung. Für Schülerinnen und Schüler bedeutet dieses System Stress und Vereinzelung, Kälte und Ausgrenzung. Für eine wirkliche Veränderung müssen wir uns gemeinsam organisieren, denn Veränderung kann nur von uns, der Jugend, selbst kommen.

KÄMPFEN WIR GEMEINSAM GEGEN DAS KAPITALISTISCHE BILDUNGSSYSTEM!

Um für Veränderung kämpfen zu können, müssen wir verstehen, was falsch läuft. Im Folgenden haben wir einige wichtige Punkte zusammengefasst, die deutlich machen, welche Probleme es an Schulen gibt und was wir dagegen tun können!





STRESS UND LEISTUNGS-DRUCK

Das Schulunterrichtsgesetz schreibt fest, wie hoch der Zeitaufwand für Hausaufgaben oder Schularbeiten sein sollte. Die Realität sieht allerdings anders aus: Stress und Leistungsdruck sind fester Bestandteil des Schulalltags!

Überfordernde Hausaufgaben, „Leistungschecks“ und „Lernzielkontrollen“ zwingen oft zum sinnlosen Auswendiglernen statt tatsächlichem Verstehen. Kreativität und vielschichtige Unterrichtsmethoden haben meist keinen Platz. Überfüllte Klassen führen außerdem dazu, dass die Lehrkräfte auf die individuellen Bedürfnisse ihrer Schülerinnen und Schüler nur wenig eingehen können.

EINE KLASSENFRAGE

Der familiäre Hintergrund und die eigene Herkunft spielen im kapitalistischen Bildungssystem eine große Rolle. Wer reiche Eltern hat, kann sich Nachhilfestunden leisten und hat höhere Chancen auf bessere Noten, sowie die Möglichkeit später studieren zu können.

Lehrkräfte sind dazu verpflichte
aufzugeben, dass sie ohne die H
werden können. Die Anzahl der Ha
an der Belastbarkeit der Schülerinne
anderen Hausaufgaben und den Un
den betroffenen Tagen orientieren. Ha
Wochenende, Feiertagen oder den Fer
den müssten, dürfen nicht aufgetra

Schulunterrichtsgesetz, §17

Die Anschaffung von Schulbüchern, Materialien und die Teilnahme an Schulexkursionen stellen für viele Familien aus der Arbeiterklasse eine große finanzielle Belastung dar. Das Bildungssystem ist so aufgebaut, dass Schülerinnen und Schüler von Anfang an aussortiert werden. Das Gymnasium gilt als „besser“ im Vergleich zu Mittelschulen oder Lehrberufen. Damit sollen bereits in der Schulzeit Ungleichheit und Klassenunterschiede gefestigt werden.



et Hausaufgaben nur so
ilfe von anderen gelöst
usaufgaben muss sich
en und Schüler, an den
nterrichtsstunden an
usaufgaben, die am
ien erarbeitet wer-
agen werden.

7

DEMOKRATISCHE RECHTE IN DER SCHULE

An den Oberstufen der Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS), an Berufsbildenden Mittleren und Höheren Schulen (BMHS) und in Berufsschulen (BS) werden Schulsprecherinnen und -sprecher gewählt. Die Schulsprecherinnen und -sprecher eines Bundeslandes wählen am Ende jedes Schuljahres eine Landesschülervertretung (LSV) und drei Landesschulsprecherinnen und -sprecher. Die Landesschülervertretung besteht aus 12 bis 30 Personen und ist die gesetzliche Vertretung der Schülerinnen und Schüler eines Bundeslandes gegenüber der Bildungsdirektion, dem Landtag und sonstigen Behörden. Mehrmals im Jahr finden Schülerinnen-und-Schüler-Parlamente (ÖSIP) statt, bei denen Anträge diskutiert und abgestimmt werden.



F
sp
Sch
tritt
gew
mokr
echte
Schule

Die Bundesschülervertretung (BSV) setzt sich aus den jeweiligen drei

Landesschulsprecherinnen und -sprechern aus den Bundesländern zusammen. Sie umfasst somit insgesamt 27 Mitglieder plus zwei Vertreterinnen und Vertreter aus dem Bereich der Zentrallehranstalten.

Dieses System ermöglicht zwar theoretisch eine beschränkte Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern. In der Realität bekommen aber die wenigsten Schülerinnen und Schüler mit, was bei den Schülerparlamenten und der Bundesschülervertretung überhaupt diskutiert wird. Die Bundesschulsprecherin ist die politische Stimme von rund 1.2 Millionen Schülerinnen und Schülern in Österreich. Trotzdem wissen die wenigsten, wer das Amt derzeit innehat. Das liegt daran, dass die Schülervertretung komplett isoliert von den Interessen der Schülerinnen und Schülern ist.



FÜR ECHTE MITBESTIMMUNG!

Das aktuelle System führt dazu, dass die Schülerunion und Aktion kritischer Schüler_innen (AKS) über eine Monopolstellung verfügen. Beide Fraktionen müssen nicht die Masse der fast 1,2 Millionen Schülerinnen und Schüler von ihren Positionen und ihrer Strategie überzeugen und sie über die Belange der Schülervertretung informieren, sondern lediglich auf die Schulsprecherinnen und -sprecher einwirken, sobald diese gewählt sind. Es handelt sich um Vorfeldorganisationen und Kaderschmieden von SPÖ (AKS) und ÖVP (Schülerunion), die völlig isoliert und losgelöst von unseren Problemen und unserem Lebensalltag sind.

un Fact: Die Bundesschulprecherin, die über eine Million hülerinnen und Schüler ver-, wird nur von 29 Personen ählt. Das hat nichts mit Deratie zu tun. Wir kämpfen für Veränderung an unseren n!

DEMOKRATIE IST MEHR ALS NUR WÄHLEN!

Als Jugendfront fordern wir eine umfassende Demokratisierung der Bildungseinrichtungen. Schülervertretungen müssen zu einem Instrument werden, mit dem die Interessen der Schülerinnen und Schüler lautstark und konsequent in die Öffentlichkeit gebracht werden und mit denen Widerstand gegen die jugend- und schülerinnenfeindliche Politik der Regierung organisiert wird.



Der Gleichbehan
gibt vor, dass nie
seiner Herkunft, R
Aussehen ausges
diskriminiert werd
Realität sieht in Ös
anders aus. Im Bild
werden Rassismus u
teiligung aufgrund de
oder des Aussehens st
weitergetragen

RASSISMUS IN DER SCHULE



Jugendliche und Kinder mit Migrationshintergrund sind an den Schulen mit zusätzlichen Herausforderungen konfrontiert. Aufgrund von Unterfinanzierung, Lehrermangel und überfüllten Klassen kann auf ihre Bedürfnisse oft nicht eingegangen werden. Verantwortung wird auf Eltern mit zum Teil schlechten Deutschkenntnissen abgewälzt, obwohl es die Aufgabe des Bildungswesens sein sollte, alle Kinder entsprechend ihren Bedürfnissen zu fördern.

Darüber hinaus müssen Kinder mit Migrationshintergrund als Sündenbock für politisches Versagen herhalten: Das Kopftuchverbot für unter 14-Jährige ist ein besonders gutes Beispiel dafür.

ndlungsgrundsatz emand aufgrund Religiosität oder schlossen oder den darf. Die terreich aber ungswesen nd Benach- er Herkunft trukturell n.

EIN ANGRIFF AUF UNSERE MITSCHÜLERINNEN

Im Dezember 2025 hat das österreichische Parlament ein Kopftuchverbot für Mädchen unter 14 Jahren an Schulen beschlossen. Das Kopftuchverbot ist ein direkter Eingriff in das Leben vieler Schülerinnen. Die Regierung setzt dabei auf rassistische Hetze und Ausgrenzung, denn Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte werden mit dem Verbot gegeneinander ausgespielt.

Das ist typisch für den Kapitalismus: Das Schulsystem wird kaputtgespart, während die Regierung Milliarden für neue Panzer und Kampfjets ausgibt. Die wahren Ursachen der Probleme an unseren Schulen sind Unterfinanzierung und Lehrermangel. Das Bildungswesen wird von der Regierung kaputtgespart, während gleichzeitig die Ausgaben für Aufrüstung und Militarisierung explodieren. Solche Verbote zielen darauf ab, mit einer rassistischen und islamophob aufgeladenen Symbolpolitik von der Unfähigkeit der Mächtigen, die Krise in den Griff zu bekommen, abzulenken.

Gesetze wie das Kopftuchverbot sollen von den tatsächlichen sozialen Missständen im Kapitalismus ablenken und die Arbeiterklasse und uns Jugendliche stattdessen entlang von künstlichen Trennlinien spalten.

RASSISMUS IM UNTERRICHT

Auch in den Unterrichtsinhalten werden teilweise noch immer rassistische Narrative verbreitet. Im Geschichteunterricht werden die Themen Kolonialismus und Imperialismus oft nur am Rande behandelt. Auch wenn eine kritische Betrachtung laut Lehrplan stattfinden sollte, gibt es immer noch viele Lehrpersonen, die diese Themen einfach überspringen oder verschleiern. In den Schulbüchern wird Rassismus zwar thematisiert, es wird aber nicht als Machtinstrument der kapitalistischen Klasse diskutiert. Somit wird Rassismus als individuelles Problem abgetan und seine Funktion nicht ernsthaft kritisch reflektiert. Die Geschichte des Kapitalismus und Imperialismus, die untrennbar mit Gewalt, Krieg und Sklaverei verbunden ist, wird hingegen beschönigt. Auch rassistisch aufgeladene Stereotypen werden immer wieder von Lehrpersonen normalisiert.

Wenn du an deiner Schule mit solchen Problemen zu kämpfen hast, dann melde dich bei uns!

SEXISMUS IM SCHULSYSTEM



Von klein auf sollen Mädchen in unserer Gesellschaft gewissen Stereotypen entsprechen. Das ist kein Zufall: Der Kapitalismus profitiert davon, dass Frauen unbezahlte Hausarbeit leisten, sich um Kinder und Angehörige kümmern und allgemein schlechter bezahlt werden als Männer. Mädchen und junge Frauen werden schon ab dem Kindergarten auf die Rolle als Hausfrau und die Arbeit in Niedriglohnsektoren, wie etwa dem Sozialbereich, vorbereitet. In der Schule wird diese Sozialisierung fortgesetzt. Mädchen sollen auf typische „Frauenberufe“ vorbereitet werden, die brave Hausfrau wird immer noch von vielen Lehrpersonen idealisiert.

GEGEN VERALTETE STEREOTYPEN UND SEXISMUS!

Immer wieder legen Schuldirektionen in der Hausordnung strenge Bekleidungsregeln fest. „Das Kleid ist zu kurz“ oder „du bist zu freizügig angezogen“ – Solche Sprüche müssen sich viele Schülerinnen von Direktoren oder Lehrkräften anhören, denn sexistische Stereotypen werden auch in unseren Schulen aufrechterhalten.

Dazu gehören auch sexistische Kommentare und unangenehme Bemerkungen durch Mitschüler oder Lehrer. Denn an vielen Schulen gibt es kein Bewusstsein für diese Problematik und vielerorts mangelt es auch an Vertrauenspersonen, an die sich betroffene Schülerinnen wenden könnten. Durch den Lehrermangel und die Sparmaßnahmen der Regierung verschärft sich dieser Mangel weiter.

SOCIAL-MEDIA VERBOT

Die Bundesregierung hat ein Social-Media-Verbot für unter 14-Jährige beschlossen. Auf den ersten Blick klingt dieses Gesetz vernünftig, denn auf sozialen Medien werden vielfach Gewaltszenen, frauenverachtende Inhalte und Rassismus verbreitet. Individualismus wird auf Sozialen Medien häufig idealisiert und Werte wie Solidarität werden untergraben. Die Algorithmen sind so gestaltet, dass uns diese Inhalte gezielt vorgesetzt werden.

Doch die Durchsetzung des Verbots erfordert eine Registrierung von allen, die soziale Medien nutzen wollen. Bereits jetzt fordert die ÖVP eine Klarnamenpflicht. Das ist die Verpflichtung, auf Social-Media-Plattformen mit dem echten Namen aufzuscheinen. So eine Klarnamenpflicht kann durch das Social-Media-Verbot durch die Hintertür eingeführt werden. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich also: Dieses Gesetz ist ein Angriff auf unsere Anonymität im Internet, auch für alle über 14!

Eine Klarnamenpflicht würde bedeuten, dass deine Schuldirektion oder Lehrkräfte sehen können, wenn du dich auf Instagram, TikTok und Co. politisch äußerst. Die Machtasymmetrien zwischen uns Schülerinnen und Schülern und den Lehrkräften wird dadurch weiter verschärft.



DAS VERBOT IST REINE SYMBOLPOLITIK!

Wie auch beim Kopftuchverbot setzt die Regierung auf Symbolmaßnahmen, denn von den sozialen und wirtschaftlichen Problemen, die in Österreich bestehen, soll abgelenkt werden.

Vereinsamung, Spaltung und rückwärtsgewandte Gesellschaftsbilder resultieren zwar oft aus berechtigten Zukunftsängsten von Jugendlichen. Ein Ende der Anonymität im Netz, Massenüberwachung und Kontrolle durch den bürgerlichen Staat stellen aber keinen Fortschritt dar und können diesen Ursachen auch nicht entgegenwirken. Denn es sind die Regierung und die Parteien im Parlament, die für unsere Perspektivenlosigkeit, durch Inflation, Sozialabbau, explodierende Mieten, Krieg und Militarisierung, verantwortlich sind.

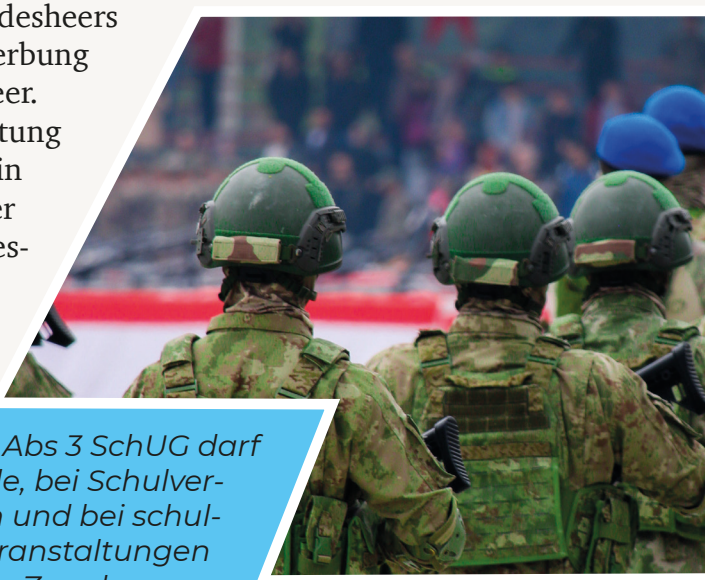
WIRKSAME MAßNAHMEN GEGEN PSYCHISCHE PROBLEME!



Besonders gravierend zeigt sich das politische Versagen bei Gewaltschutzkonzepten an Schulen und schulpsychologischer Betreuung. Verantwortung wird auf einzelne Schulen abgewälzt und es besteht ein Mangel an schulpsychologischem Personal. Die Kapazitäten der Kinder- und Jugendpsychiatrie decken bei weitem nicht den Bedarf, monatelange Wartezeiten für Behandlungsplätze sind die Folge. Es gibt kaum Angebote für niedrigschwellige Beratung. Es liegt in der Verantwortung der Bundesregierung, die psychischen Probleme von Jugendlichen wirklich ernst zu nehmen, anstatt sie für den Ausbau von Kontroll- und Überwachungsmechanismen zu missbrauchen.

BUNDESHEER UND WERBUNG AN SCHULEN

Prinzipiell darf das Bundesheer in österreichischen Schulen Vorträge abhalten. Was auf den ersten Blick nach harmlosen Informationsveranstaltungen rund um Themen wie Zivildienst oder Grundwehrdienst aussieht, zeigt sich bei näherem Hinsehen als Beeinflussung junger Menschen. Speziell ausgebildete „Informationsoffiziere“ des Bundesheers machen an Schulen Werbung für eine Karriere im Heer. Militarisierung, Aufrüstung und Kriegsbestrebung in Zusammenhang mit der österreichischen Bundesregierung und der EU werden nicht kritisch eingeordnet.



Gemäß § 46 Abs 3 SchUG darf in der Schule, bei Schulveranstaltungen und bei schulbezogenen Veranstaltungen für schulfremde Zwecke nur dann geworben werden, wenn dadurch die Erfüllung der Aufgaben der österreichischen Schule (§ 2 Schulorganisationsgesetz – SchOG) nicht beeinträchtigt wird.

VOM KLASSENZIMMER IN DIE KASERNE?

Der Grundwehrdienst in Österreich soll verlängert werden. Zusätzlich zu den bisherigen sechs Monaten werden junge Männer zukünftig drei Monate Milizdienst ableisten müssen. Auch für den Zivildienst ist bereits eine Verlängerung um zwei Monate geplant, falls sich nicht genug Rekruten für den Militärdienst finden lassen. Für Schüler ist das ein erheblicher Einschnitt in ihrem Leben. Zivildiener werden außerdem als billige Arbeitskräfte, als Ersatz für Fixangestellte im Rettungswesen, der Altenpflege, der Behindertenbetreuung und anderen Einrichtungen verwendet. Das politische Versagen in Bereichen wie dem Gesundheitswesen wird auf Zivis abgewälzt.



UNSERE VORSCHLÄGE:

- Keine Verlängerung des Wehrdienstes – 6 Monate sind genug!
- Keine Verlängerung des Zivildienstes, sondern Gleichstellung mit dem Wehrdienst!
- Bessere Bezahlung der Wehr- und Zivildienstleistenden!

Das Bundesheer macht an unseren Schulen Werbung für Auslandseinsätze. Im Kosovo sind österreichische Soldaten unter der Leitung des Kriegsbündnis NATO stationiert. Das Bundesheer spricht dabei von „Friedenssoldaten“: NATO und Frieden, das passt nicht zusammen! In der Vergangenheit hat die NATO mehrmals völkerrechtswidrig unabhängige und souveräne Staaten angegriffen. An Schulen braucht es daher Impulse zu einer wirklichen Neutralitäts- und Friedenspolitik – ohne Kriegspropaganda!



MEDIEN- UND DEMOKRATIE-UNTERRICHT

Durch die neue Lehrplanreform sollen in den Oberstufen weitere Fächer eingeführt werden. Dabei sind ein Fach „Medien und Demokratie“, sowie „Informatik und künstliche Intelligenz“ geplant. Die Lehrplanreform klingt zwar gut, entpuppt sich aber als das genaue Gegenteil von Förderung kritischen Denkens und dem Umgang mit neuen Technologien.

Bereits jetzt werden der Kapitalismus, Konkurrenzdenken und die imperialistischen Kriege, die aufgrund von Profitstreben geführt werden, im Geschichte- und Geografieunterricht schöngeredet. Im Fach „Medien und Demokratie“ sollen wir nun zusätzlich lernen, das herrschende System gut zu finden.

WAS STECKT HINTER „MEDIENKOMPETENZ“?

Im neuen Fach soll unter anderem auch Medienkompetenz, also der kritische Umgang mit medialer Berichterstattung, gestärkt werden. Das passiert meistens aber einseitig: Medien aus China oder Russland werden pauschal als Propaganda abgetan, Social-Media-Kanäle, die Israel, die EU oder die NATO kritisieren werden als Verbreiter von „Fake-News“ verunglimpft.

In der Schule lernen wir, dass man Medien wie dem ORF, der Presse oder dem Standard vertrauen soll, denn angeblich handle es sich dabei um „Qualitätsjournalismus“. Dabei wird ausgeblendet, dass die bürgerlichen Medien nicht frei von politischer Einflussnahme sind oder sich häufig in den Händen von Unternehmen, Banken und Konzernen befinden. Chefredaktionen vertreten oft ihre eigene politische Meinung und verbreiten sie in diesen Medien.

INFORMATIK UND KI: ZUKUNFTSFIT SCHAUT ANDERS AUS!

Eine kritische Auseinandersetzung mit Künstlicher Intelligenz (KI) ist wichtig. Die Ausweitung des Informatikunterrichts, insbesondere mit Fokus auf KI, wird diese kritische Auseinandersetzung aber nicht ermöglichen. Die Umgestaltung der Lehrpläne ist vor allem auf die Interessen des Arbeitsmarktes im Kapitalismus zugeschnitten. Anstelle einer umfassenden Wissensvermittlung sollen vor allem Fähigkeiten bei Schülerinnen und Schülern gestärkt werden, die im Kapitalismus profitabel verwertbar sind. Wir fordern stattdessen die Thematisierung des Einsatzes von KI in Kriegen, der Rolle von KI bei der stetigen Verschlechterung von Arbeitsbedingungen und die Benennung der eigentlichen Profiteure des KI-Booms.



ORGANISIER DICH!

Siehst du diese ganzen Probleme auch in deinem Alltag und fragst dich, wieso es nicht besser wird und wieso niemand was dagegen tut? Der erste wichtige Schritt ist: Vernetze dich mit deinen Mitschülerinnen und Mitschülern. Diskutiert gemeinsam die Missstände und Probleme an eurer Schule.



Wenn du aktiv gegen diese Umstände werden und Wege finden willst, dich dagegen zu wehren oder dich einfach zu diesen Themen austauschen möchtest, dann melde dich bei der Jugendfront. Wir bieten regelmäßige Veranstaltungen und auch ungezwungene Treffen zum Kennenlernen und Diskutieren an. Du kannst uns ganz einfach per E-Mail erreichen (jugend@jugendfront.at) und auf den Sozialen Medien folgen oder formlos anschreiben!

jugendfront_at

Jugendfront

jugendfront











jugend@jugendfront.at www.jugendfront.at